

Beutel: Vogelschlag ist unkalkulierbar

Rhein-Main-Bürgermeister warnen vor Abstürzen

RHEIN-MAIN. Die Gefahr durch Vogelschläge ist beim geplanten Ausbau des Frankfurter Flughafens nicht ausreichend berücksichtigt. Das meinen der Mainzer Oberbürgermeister Jens Beutel und die Bürgermeister von Hochheim, Hattersheim und Flörsheim. Anlass für die erneute Mahnung der Verwaltungschefs ist ein Vorfall vom 10. November in Rom, bei dem ein Flugzeug wegen plötzlich auftiegender Vögel notlanden musste. Die Gefahr bei diesen Vogelschlägen: Die Tiere könnten in die Triebwerke der Maschinen geraten. Dadurch würden die Triebwerke ausfallen, die Maschine könnte abstürzen.

Rund 117 Fälle von Vogelschlag hätte es im Jahr 2006 am Frankfurter Flughafen gegeben, zitieren die Bürgermeister aus einer Studie, die in einer einschlägigen Fachzeitschrift veröffentlicht wurde. Das Rhein-Main-Gebiet sei besonders betroffen, weil sich im Gebiet der Einflugschneise viele verschiedene Vogelarten – von der Krähe bis zu Greifvögeln – aufhalten würden. Zudem liege das Gebiet auf der Route vieler Zugvögel wie dem Kranich, was

die Gefahr von Vogelschlägen nochmals erhöhe. „Die Zugwege der Vögel sind genetisch festgelegt“, weiß OB Beutel.

Ein mehr an Flugbewegungen würde nach Ansicht von Beutel zu einem höheren Absturzrisiko durch Vogelschläge in der Region führen. Der Planfeststellungsbeschluss zum Ausbau des Flughafens biete nur unzureichende Lösungen für das Problem Vogelschlag. Die Bürgermeister hoffen, dass das Hessische Oberverwaltungsgericht auch unter Berücksichtigung des Vogelschlags den Ausbau des Flughafens stoppen wird.



Hebt der Vogel ab, wird es gefährlich. Der Jumbo könnte abstürzen. ■ Foto: H. Braun

OB: Ausbau unnötig

Kommunen fordern neue Prognose für Flughafen

MAINZ. Weniger Flugpassagiere, ein rückläufiger Frachtverkehr – die Wirtschaftskrise schlägt sich auch in der Luftfahrt nieder. Weil sich dadurch auch die Prognosen ändern, sei der Ausbau des Frankfurter Flughafens nicht mehr begründbar. Dies erklären die Vertreter der vier Kommunen Mainz, Hochheim, Flörsheim und Hattersheim.

„Das von der Fraport AG prognostizierte Wachstum der Luftfahrt ist auf unabhsehbare Dauer – wir reden hier sicherlich von Jahren – Geschichte“, erläutert der Mainzer Oberbürgermeister Jens Beutel.

„Es ist schon heute nicht mehr bestreitbar, dass der Frankfurter Flughafen noch viele Jahre lang auf die Landebahn verzichten kann, ohne Nachteile zu erleiden.“ Die Kommunen kritisieren die Planfeststellungsbehörde, die zu dem „fragwürdigen“ Ergebnis kommt, „dass die tatsächliche Luftverkehrsentwicklung nicht hinter der vom Gutachter prognostizierten Verkehrsnachfrage zurückbleiben wird“. Forderung der Städte: „Eine Aktualisierung der Luftverkehrsprognose 2020 für den Flughafen Frankfurt auf der Basis verlässlicher Zahlen ist überfällig!“

Airbus abgestürzt

Zwei deutsche Piloten an Bord vermutlich tot

PERPIGNAN. Vor der französischen Mittelmeerküste ist ein Mittelstreckenflugzeug des Typs Airbus A320 der Fluggesellschaft XL Airways abgestürzt. An Bord waren zwei deutsche Piloten und fünf Techniker. Drei Personen sind bereits tot gefunden worden, die anderen werden noch vermisst. Nach Angaben der Rettungskräfte gibt es aber keine Hoffnung mehr auf Überlebende.

Die Besatzung befand sich auf einem Übungsflug. Das

Flugzeug war um 16.46 Uhr vom Radar verschwunden. Die Besatzung eines zivilen Bootes entdeckte kurz darauf Flugzeugteile im Wasser. Die Maschine soll von Perpignan aus gestartet sein.

XL Airways hatte den 2005 vom Werk ausgelieferten Jet nach eigenen Angaben von der neuseeländischen Fluggesellschaft Air New Zealand geleast und wollte ihn in den nächsten Tagen zurückgeben. Die Maschine war zu Wartungsarbeiten in Frankreich.

Flughafen-Streit: Richter befangen?

Städte werfen VGH Absprache mit Fraport vor

MAINZ/RHEIN-MAIN. Im Rechtsstreit um den Ausbau des Frankfurter Flughafens wird der Ton deutlich schärfer. Kommunen aus Hessen und Rheinland-Pfalz – darunter auch die Stadt Mainz – sowie der Umweltverband BUND haben Befangenheitsanträge gegen den gesamten 11. Senat des Verwaltungsgerichtshofes (VGH) gestellt. Grund sind angebliche Absprachen zwischen dem obersten Verwaltungsgericht Hessens und dem Flughafenbetreiber Fraport. Das Gericht bestätigte den Eingang der Befangenheitsanträge, wollte sich aber zu den Vorwürfen nicht äußern.

Die Städte Rüsselsheim, Hofheim, Bischofsheim und Ginsheim-Gustavsburg äußerten ebenso wie der BUND Zweifel, dass noch ein faires Verfahren möglich sei. Aus Unterlagen der Fraport gehe hervor, dass es eine „zeitliche und inhaltliche Vorfestlegung des Gerichts“ zur geplanten Rodung im Kelsterbacher Wald gebe. So wurde mit der Fraport AG, ohne die anderen Prozessbeteiligten darüber zu informieren, abgestimmt, wann nach dem Zeitplan der Fraport die Zustimmung der Eilbeschlüsse erfolgen soll“, hieß es von den Kommunen.

Auch Hochheim, Hofheim, Hattersheim und Mainz hal-

ten die Kasseler Richter für befangen. Man sei nicht länger bereit, die unzulässige und unfaire Vorgehensweise des Gerichts unwidersprochen hinzunehmen, erklärte der Flörsheimer Bürgermeister Michael Antenbrink in einer gemeinsamen Mitteilung der Kommunen. Das Gericht habe sich vorab festgelegt und führe ein unfaires Verfahren.

Der BUND zeigte sich „entsetzt“. Ein Fraport-Schreiben vom 13. November lege nahe, dass das Gericht sich in der Sache der Rodung im Kelsterbacher Wald „schon entschieden und mit der Fraport einen Fahrplan zur möglichst schnellen und reibungslosen Erledigung der Rodungsarbeiten ab dem 12. Januar 2009 abgesprochen“ habe.

Um den Kelsterbacher Wald haben am Montag auch Fraport und die Stadt Kelsterbach vor dem Regierungspräsidium in Darmstadt gestritten. Fraport wolle Rodungsflächen in Besitz nehmen und einen Zaun um das Gelände errichten, sagte ein Sprecher der Behörde. Die Stadt wehrt sich dagegen. Ein Termin zur Verkündung einer Entscheidung wurde nicht genannt. Laut Polizei demonstrierten rund ein Dutzend Ausbaugesegner vor dem Regierungspräsidium gegen die Flughafenweiterung.